

Wittgensteiner Zeitung

Ersteinstägig, mit Ausnahme der Sonntag- und Feiertage, und kostet monatlich 2 Mark.
Abbestellung: Kreis-Sparkasse Laasphe Nr. 89
Kassaburger Bank e.G.m.b.H., Niederl. Laasphe

Tageszeitung für den Kreis Wittgenstein

Mit der wöchentlichen Beilage „Wittgensteiner Unterhaltungsblatt“
Schriftleitung, Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Laasphe.
Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger e. V.

Anzeigen: 1 mm hoch, 27 mm breit 10 Pfg.
Familien- und kleine Anzeigen . . . 6 Pfg.
Reklamen: 1 mm hoch, 90 mm breit 50 Pfg.
Postfachkonto Nr. 404 49 Amt KdM

Nummer 241

Wittgensteiner Nr. 1

Laasphe, Donnerstag den 15. Oktober 1931

56. Jahrgang

Der Kampf um die Mehrheit

Die Aussichten des Kabinetts. — Der Wirtschaftsbeirat der Reichsregierung

Berlin, 14. Okt.

Am Mittwoch nachmittag hat im Reichstag die große Aussprache über die programmatische Erklärung der Reichsregierung begonnen. Wie zu erwarten war, sagten die Redner der Opposition dem Kabinett Brünning schärfste Opposition an. Größer als das Interesse, mit dem im Plenarsaal die Reden der Anhänger wie der Gegner der Reichsregierung angehört wurden, war der Eifer, mit dem man in der Wandelhalle die Aussichten der Reichsregierung erörterte. Diese Erörterungen spielen auch in den Artikeln der Blätter aller Parteischattierungen eine große Rolle.

Anknüpfend an die Regierungserklärung und die Rede die Rede des Reichskanzlers unterzogen die politischen Betrachtungen der Berliner Blätter die Chancen des Kabinetts Brünning bei der Abstimmung, die am Freitag oder Samstag dieser Woche stattfinden soll.

Während die Organe der Reichsregierung nahestehenden Parteien Regierungserklärung und Reichskanzlerrede als sehr wirkungsvoll bezeichnen, schreiben die Blätter der oppositionellen Parteien, Dr. Brüning habe nur eine „milde Verteidigung“ ausgedrückt. Nebenbei auseinanderlegend sind die Meinungen über das voraussichtliche Ergebnis der entscheidenden Abstimmung. In den Blättern der Reichsparteien kommt die Auffassung zum Ausdruck, die Aussichten des zweiten Kabinetts Brünning zum Reichstag seien schlechter als die des ersten. In mittelparteilichen Organen dagegen wird gesagt, daß die Ausführungen des Reichskanzlers in der ersten Reichstagsitzung die Chancen der Regierung wesentlich verbessert habe. Diese Blätter weisen darauf hin, daß der Reichskanzler auch aus den Reihen der Abgeordneten der Deutschen Volkspartei Beifall erhalten habe.

Nach wie vor interessiert man sich lebhaft für die Haltung der Wirtschaftspartei und der Landvolkspartei, weil von der Abstimmung dieser beiden Gruppen sehr viel abhängen wird. Die Wirtschaftspartei hatte am Mittwoch nach Besprechungen mit dem deutschnationalen Führer Hugenberg, den sie über seine Stellung zu den Wirtschaftsfragen interpelliert hat. Wenn die Reichsregierung bei den Abstimmungen eine Mehrheit erhalten sollte, hat sie die Absicht, den Reichstag bis zum Januar zu vertagen.

Erklärung Adolf Hitlers.

Auf einer nationalsozialistischen Versammlung in Berlin-Wilmersdorf verlas der Reichstagsabgeordnete Göring am Schluß seines Referats über das Thema „Wir und der Reichstag“, eine Erklärung Adolf Hitlers. In der es heißt:

Unsere nationalsozialistische Partei ist die stärkste nationale politische Organisation, die Deutschland je besaß, nicht nur zahlenmäßig. Unsere Stärke liegt in der Bewegung der zum erstenmal verwirklichten Volksgemeinschaft, die allein Ketter der Zukunft sein kann. Das dritte Reich wird unsere Fahnen tragen. Die Partei wünscht die Verantwortung und ist bereit, sie selbst zu übernehmen. Wenn der Reichspräsident uns ruft, leisten wir zur Bildung eines Kabinetts diesem Rufe selbstverständlich Folge.

Die Organisation des Wirtschaftsbeirats.

In der Regierungserklärung war die Schaffung eines Wirtschaftsbeirats der Reichsregierung angekündigt worden. Wie sich aus einem amtlich veröffentlichten Briefwechsel zwischen dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler ergibt, entspricht die neue Einrichtung dem besonderen Wunsch des Herrn von Hindenburg, der auch den Vorstoß des Wirtschaftsbeirats zu führen gewillt ist. Mit der Schaffung dieses Beirats wird die Verwirklichung des Planes eingeleitet, Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu einer Verständigung über die großen und schwierigen Probleme zusammen zu bringen, die unsere Wirtschaft augenblicklich bewegen. Der Kern des Wirtschaftsbeirats wird der Reuener-Ausschuß bilden, den der Kanzler während der Beratungen der letzten Woche bereits verschiedentlich zugezogen hat. Obgleich der Reichspräsident den Wunsch hat, den Kreis im Interesse der sachlichen Arbeit so klein wie möglich zu halten, wird es sich nicht vermeiden lassen, daß der Reuener-Ausschuß auf etwa 18 bis 20 Personen erweitert wird. Dabei kommt natürlich eine entsprechende Vertretung der Arbeitnehmer in erster Linie in Frage. Außerdem werden auch noch einige führende Männer der Industrie um ihre Mitwirkung gebeten werden.

Der Plan geht dahin, nicht ausgesprochene Organisationsvertreter zu berufen, sondern sich an die Persönlichkeiten zu wenden, deren Kenntnisse und deren Ansehen einen Erfolg dieses Versuches gewährleisten dürften. Eine gewisse Fühlungnahme mit ihnen hat bereits stattgefunden. Die Einladungen dürften — so wird amtlich mitgeteilt — gleich nach der Vertagung des Reichstages hinausgehen, so daß man mit dem Beginn der Verhandlungen bereits für die zweite Hälfte der nächsten Woche rechnen kann, wenn der Kanzler

von einer kurzen etwa dreitägigen Erholung zurückgekehrt sein wird.

Auch in Kreisen der Reichsregierung ist man sich durchaus der Schwierigkeiten bewußt, die einer Verständigung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Wege stehen. Die Tatsache aber, daß die Autorität des Reichspräsidenten hinter dieser Aktion steht, wird sicher dazu beitragen, die Bemühungen zu fördern.

Die Aussprache im Reichstag.

Die Parteien zur Regierungserklärung.

Berlin, 14. Okt.

Die Mittwochsitzung des Reichstags wurde um 12 Uhr eröffnet. Auf der Tagesordnung stand die Besprechung der Regierungserklärung. Die deutschnationalen und Nationalsozialisten waren bei Beginn der Sitzung nicht im Saal, weil der erste Redner ein Sozialdemokrat ist.

Abg. Dr. Breitscheid führt aus: Das System mit Notverordnungen zu regieren, entspricht an sich nicht unseren Wünschen. Wir sind für das parlamentarische Regime, aber die Voraussetzung dafür ist, daß das Parlament sich selber bejahet. Wir haben aber leider rechts und links große Parteien, die grundsätzliche Gegner dieses Regimes sind und das Parlament nur betrachten als einen Mechanismus zum Sturz der Regierung. Wenn wir das Kabinett Brünning toleriert haben, so ist das nicht geschehen, weil wir glaubten, daß dieses Kabinett sozialistische Politik treiben werde. Wir haben es getan, weil wir in erster Linie die Staatsform, in der wir leben, schützen wollten gegen die Angriffe der Faschisten und der Diktatur. Das gesamte werktätige Volk wird gefährdet durch jene sogenannte „nationale Opposition“, die sich in Harzburg versammelt hatte und zu der neben den deutschnationalen und Nationalsozialisten auch die Deutsche Volkspartei gehört, die sich mit der jügernden und doch so sehnstuchsvollen Schamhaftigkeit eines alternden Wächters angeboten hat. Einst wollte die Deutsche Volkspartei Deutschland von „roten Ketten“ freimachen, jetzt kann sie den alten Wahlschein dahin ändern: Vom letzten Wähler macht uns frei allein der Führer Dingelberg. Der Kampf der „nationalen Opposition“ geht gegen die Sozialpolitik, gegen die Arbeitslosenversicherung, gegen das Tarifrecht und Schlichtungswesen, für weiteren Lohnabbau und eine neue Inflation. Wenn wir das Mißtrauensvotum gegen das Kabinett Brünning ablehnen, so bedeutet das keine Vertrauensstundegebung für das, was dieses Kabinett politisch tun wird, aber es ist die Befestigung des schärfsten Mißtrauens gegen das, was nach Brüning kommt. Wir sind und bleiben Anhänger der sozialistischen Wirtschaftspolitik. Sollte die Sozialreaktion ihre Pläne durchsetzen wollen, so wird sie die Sozialdemokratie auf ihrem Platz finden. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)

Als nächster Redner folgte der Abg. Dr. Fried (NS.). Als er das Wort nimmt, kommen die Abgeordneten der Rechten in den Saal, während Reichskanzler Dr. Brüning seinen Platz verläßt.

Abg. Dr. Fried erklärt, der Reichskanzler scheue sich nicht, nationalsozialistisches Geistesgut in seiner Notverordnungspraxis, z. B. bei Bemessung der Höchstgrenze für Gehälter und Pensionen zu verwerten, gleichzeitig aber der NSDAP. zu unterstellen, sie könnte unter Umständen diese Maßnahmen sabotieren. Wir werden die Notverordnungen weiter ablehnen. Die Inflation haben wir stets als ein Verbrechen in der schärfsten Form gebrandmarkt. Es ist nicht wahr, daß wir die Interessen der Arbeitnehmer nicht vertreten. Vornehmlich um des Arbeiters willen haben wir unseren Kampf gegen die Verflauung des Volkes und der Wirtschaft gegen Tribut und Erfüllungspolitik geführt. In der Außenpolitik hat sich die völlige Unfruchtbarkeit und Ergebnislosigkeit der Arbeit des Kabinetts Brünning gezeigt. Wir fordern Wehrhaftigkeit nicht, um einen Revanchekrieg zu entfesseln, sondern weil sie die Voraussetzung ist für die Gleichberechtigung Deutschlands. Die Politik Frankreichs ist nach wie vor die furchtbare Gefahr nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa. Wir sind nichtsdestoweniger zu jeder Verständigung bereit, wenn sie die eben gekennzeichneten Lebensnotwendigkeiten für unser Volk dabei Rechnung getragen wird. (Stürmisches Hört! Hört! bei den Regierungsparteien und Links.) Die ungeschickte Behandlung wichtiger außenpolitischer Fragen hat nicht nur unser Ansehen im Rat der Völker schwer geschädigt, sondern auch den Frieden gefährdet. Vordringlichste Aufgabe der deutschen Außenpolitik ist die planmäßige Förderung eines Bündnisses mit den Völkern, die unter dem Versaillesvertrag ebenfalls leiden. In der Zusammenlegung des Reichswehr- und Reichsinnenministeriums sehen wir eine verhängnisvolle Auseinandersetzung der Reichswehr mit innenpolitischen Auseinandersetzungen. Unsere Armee darf nur für wehrpolitische Fragen in Anspruch genommen werden. Wir sprechen dem Kabinett unser Mißtrauen aus und erwarten die Zustimmung

aller volksbewußten Mitglieder dieses Hauses. Wir betonen unseren unbeugbaren Entschluß, nicht zu ruhen, bis wir die Führung der Nation zum Wohle seiner werktätigen Schichten in Händen halten. Unsere Regierungserklärung wird kurz sein, sie wird lauten: Kraft und Wille, Freiheit, Arbeit und Brot! (Langanhaltender stürmischer Beifall bei den Nationalsozialisten, die darauf geschlossen unter Heilrufen den Saal verlassen.)

Die kommunistische Abg. Frau Overlach erhält nachträglich einen Ordnungsruf, weil sie dem Abg. Dr. Fried „Arbeitermörder-Partei“ zugerufen hatte.

Abg. Remmele (Kom.) sagt als nächster Redner der Regierung schärfsten Kampf an. Diese Regierung sei nur die Vorstufe für die faschistische Diktatur Hugenberg-Hitler. Die Brüning-Regierung habe die Massen des werktätigen Volkes bis aufs Blut ausgepreßt, um auf der anderen Seite mit großen Subventionen jene großen Unternehmungen und Konzerne, deren Direktoren Riesengehälter beziehen, vor der selbstverständlichen Pleite zu bewahren.

Während der Rede Remmeles hat sich der Saal immer mehr geleert, so daß schließlich außer den Kommunisten nur noch wenige Abgeordnete anwesend sind. Der Redner wendet sich in seinen weiteren Ausführungen hauptsächlich gegen die Sozialdemokraten, die zu einer Schutztruppe des Kapitalismus geworden seien. Der Redner erhält einen Ordnungsruf, weil er einen sozialdemokratischen Zwischenrufer „Grünhanel“ genannt hat.

Abg. Dr. Obersohren (Deutschnational): Damit kein Irrtum entsteht: Wir sind nicht in diesen Reichstag gekommen, um ein parteipolitisches oder parlamentarisches Palaver zu halten. Wir sind hierhergekommen, um Abrechnung zu halten. Reichskanzler Dr. Brüning hat den Kampf um die Seele des deutschen Volkes vollständig verloren. Auf der grandiosen Heerschau des nationalen Gedankens in Harzburg hat sich gezeigt, daß es in Deutschland Millionen gibt, die bereit sind, für eine Idee und ihre Führer ihr Leben zu lassen. (Beifall rechts.) Uns hat man vorgeworfen, daß wir den Reichspräsidenten in die parlamentarische Diskussion gezogen hätten. Viel weniger aber ist es zu rechtfertigen, daß seit anderhalb Jahren von der Regierung mit den vielen Notverordnungen, Namen und historisches Ansehen des Reichspräsidenten von Hindenburg gefährdet wird. Nachgewiesene Fälschermethoden der offiziellen Presse stellen über die Haltung der nationalen Opposition haben offensichtlich den Zweck verfolgt, die höchste Stelle im Reich zu täuschen. Die jetzige Krise ist verschuldet worden durch die übermäßige Herinnahme kurzfristiger ausländischer Kredite nach Deutschland. Man hat Hugenberg fälschlich vorgeworfen, daß er die Inflation wolle, während er tatsächlich gesagt hat, wir wollen weder Inflation noch Deflation. Wenn man heute das Programm der ersten Regierung Brüning sich wieder vornimmt, so springt der volle Mißerfolg dieser Regierung in die Augen. Diese Regierung hat nicht die Wirtschaft angekurbelt, sondern ihre Grundlagen erschüttert durch eine Steuerpolitik, die in geradezu verbrecherischer Weise die Substanz angreift. Die Arbeitslosigkeit kann sich nicht vermindern, solange wir eine Zwangsbewirtschaftung der Arbeit haben mit dem Schlichtungswesen, den Schiedsprüchen und der Unabbarkeit der Tarifverträge. Die Entscheidung über das Kabinett Brüning hängt nicht ab von sechs Stimmen im Reichstage, sondern die Entscheidung fällt, wenn die Wirtschaft nicht mehr in der Lage ist, der Regierung die Mittel zur Fortführung der öffentlichen Aufgaben zu liefern. Der Redner nimmt dann Dr. Schacht in Schutz gegen die Angriffe wegen seiner Harzburger Rede. Schacht habe nichts anderes gesagt, als was vorher im Handelsrat der „Frankfurter Zeitung“ gestanden habe unter Beifügung genauer Zahlenmaterials. Den Parteien, die sich mit uns verbinden wollen, muß ich sagen: Die Zeiten der parlamentarischen Klopffecherei sind vorbei. Entweder finden sie den Weg, wo sie hingehören, oder sie werden vernichtet. (Lebh. Beifall rechts.)

Nach dieser Rede verlassen Deutschnationale und Nationalsozialisten wieder den Saal.

Abg. Joos (Zentrum) weist den Anspruch der Rechtsopposition zurück, allein als national gegnet zu gelten. Reichskanzler Dr. Brüning hat bei den internationalen Verhandlungen in den letzten Monaten mit beispielloser Aktivität in nationalem Sinne gewirkt. Die sogenannte „nationale Opposition“ hat nicht ein einziges Mittel zur Behebung der Arbeitslosigkeit angeben können. Harzburg liegt an dem Flügelschlag, das ist symbolisch. (Seitertelt.) Wenn von der nationalen Opposition jetzt ein Plakat herausgegeben wurde, „Brünning regiert, Hitler marschiert!“, so stimmt das schon: Bei Hitler sitzt in den Beinen, bei Brüning im Kopf. (Sehr gut.) Das Manifest von Harzburg macht zwar eine Anleihe bei der Präambel der Weimarer Verfassung, aber es geht um die Wahrheit herum. Es müsse lauten: „Die nationale Front, einig in ihren Phrasen, uneins in ihrem Wollen und in ihren Parteigruppen, von dem Bille befeelt, Unordnung und Umsturz zu fördern und unfähig auf den Trümmern ein neues Deutschland aufzubauen, fügt den alten Deklamationen keine neuen hinzu, sondern begnügt sich damit, sie zu wiederholen.“ (Seitertelt und Beifall im Zentrum.)

Abg. Baltrusch (Volkspartei, Reichsvereinigung) tritt den Ausführungen der Abgg. Dr. Obersohren und Dr. Fried scharf entgegen. Es sei eine ungeheuerliche Beleidigung, wenn die in Harzburg vereinigten Gruppen alle anderen Deutschen als minder oder gar nicht national bezeichnen.

Reichsfinanzminister Dietrich

Bezeichnet es als das Kernproblem, den Arbeitslosen wie der Beschäftigung zu verschaffen. Das werde aber jetzt nicht mit dem Mittel städtischer Neubauten möglich sein, sondern es komme darauf an, die Städte aufs Land umzusiedeln. Der Minister tritt dann den zahlenmäßigen Angaben entgegen, mit denen der deutschnationalen Abg. Dr. Oberföhrer seine Angriffe gegen die Steuerpolitik der Regierung unterstützt hat. An den Angaben, die von deutschnationaler Seite über die Höhe der deutschen Schulden gemacht worden sind, ist kein wahres Wort, aber solche unrichtigen Angaben können sehr schädigend für Deutschland wirken. Ich kann die scharfen Worte, mit denen ich am Montag die Ausführungen von Dr. Schacht verurteilt habe, heute nur in vollem Umfange aufrecht erhalten. Das Echo der Auslandspresse zeigt, in welche Gefahr Dr. Schacht das deutsche Volk gebracht hat.

Gegen 5.30 Uhr wird die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr vertagt.

Preussischer Landtag.

Wahl des dritten Vizepräsidenten — Ein Zwischenfall.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Wahl des dritten Vizepräsidenten, die durch die Mandatsniederlegung des Abg. v. Eytern (Dvp.) erforderlich geworden ist.

Abg. Stenel (Dvp.) schlägt seinen Fraktionskollegen Abg. Dr. Boehm vor. Abg. Schwenk (Komm.) teilt den Vorschlag seiner Fraktion mit, die den Abg. Kasper präfiziert.

Es erhalten: Dr. Boehm 280, Abg. Kasper 30 Stimmen. Außerdem sind noch abgegeben worden 9 Stimmen für den Abg. Heimann-Röhl (Dvp.) 2 Stimmen für den Abg. Dr. Rauffold (Dnat.), 1 Stimme für den Abg. Dr. Baentig, 1 Stimme für den Abg. Hillger-Spiegelberg (Dnat.) und 1 Stimme für den Abg. Lange-Dittersbach (Ztr.).

Der Abg. Dr. Boehm (Dvp.) ist also zum dritten Vizepräsidenten des Landtags gewählt.

Das Haus beginnt hierauf die angekündigte politische Aussprache, in deren Mittelpunkt die Misstrauensanträge der Deutschnationalen und Kommunisten gegen das Staatsministerium stehen. Die Regierung ist durch den Minister des Innern, Severing, vertreten.

Zu einem Zwischenfall kam es, als der Redner der Sozialdemokraten, Haas-Röhl, bei Angriffen auf die Rechte im Zusammenhang mit separatistischen Bestrebungen sich auf Aufforderung der Deutschnationalen weigerte, Namen zu nennen. Von den Deutschnationalen wurde ihm zugerufen: „Sie sind ein Verleumder!“ Schließlich verließen die Deutschnationalen, ein Teil der Volkspartei und andere Abgeordnete der Rechten den Saal, dem sie auch während der Dauer der Ausführungen des sozialdemokratischen Redners fernblieben.

Im Verlauf der Debatte ergriff auch

Minister Severing

das Wort. Er vernimmt bei den Deutschnationalen eine Stellungnahme zu den drängenden Problemen der Gegenwart, vor allem Vorschläge, wie die bevorstehende große Aufgabe gelöst werden solle, das Volk in diesem Winter vor dem Hungern und Frieren zu schützen und die Wohlfahrtserwerbslosen durch den Winter zu bringen. Im Mittelpunkt der Ausführungen der deutschnationalen Redner hätten vielmehr die Vorschläge Höpfer-Wschoff zur Reichsreform gestanden, eine gegenwärtig doch wirklich nicht aktuelle Frage. Scharf müsse die Auffassung zurückgewiesen werden, als ob Höpfer-Wschoff seine Vorschläge aus parteiigottistischen Gründen gemacht habe. Auch von einer Zerklüftung Preußens könne keine Rede sein.

Der Minister spricht dann dem bisherigen Finanzminister Dr. Höpfer-Wschoff auch an dieser Stelle den Dank der Staatsregierung dafür aus, daß er in schwierigen Zeiten dazu beigetragen habe, die preussischen Finanzen in Ordnung zu halten und damit die wichtigste Voraussetzung für das Gedeihen des preussischen Staates zu schaffen. Zu bedauern sei, daß es aus den deutschnationalen Anfragen so herausginge, als ob im Rheinland weitere Volksteile sich für den Separatismus interessierten.

Die Bevölkerung des Rheinlandes habe in der Befragungzeit ihre Treue zum Deutschen Reich bewiesen. (Beifall bei den Regierungsparteien.) Was die preussische Notverordnung anlangt, so würde auch er, wenn er als Reformminister sprechen wolle, Änderungen von Einzelheiten wünschen. Da aber Preußen für 1931 einen Fehlbetrag von 204 Millionen und die Gemeinden einen solchen von 500 Millionen hätten befürchten müssen, sei dafür zu sorgen gewesen, daß die Erwerbslosen und übrigen Notleidenden nicht hungern und frieren müßten.

Wieder Gold nach Frankreich.

Neue riesige Goldsendungen.

Paris, 14. Okt.

Nachdem in der letzten Zeit fast täglich Goldtransporte auf Flugzeugen in der französischen Hauptstadt anlangen — meist aus England — treffen jetzt auch wieder amerikanische Goldsendungen in Frankreich ein. Es wird darüber mitgeteilt:

Der Dampfer „Berengaria“ hat in Cherbourg 293 Goldbarren im Werte von 800 Millionen Franken und der Dampfer „Bremen“ 337 Goldbarren im Werte von einer Milliarde Franken gelandet.

Die Goldabzüge der letzten Wochen, die fast durchweg nach Frankreich gingen, haben das amerikanische Wirtschaftsleben schon schwer geschädigt. So wird aus New York gemeldet: Zehn weitere kleine amerikanische Banken mit Depots von insgesamt annähernd neun Millionen Dollar haben ihre Zahlungen eingestellt.

Amerikanische Wirtschaftsstreike für Silberwährung.

Washington, 14. Okt.

Der vierte panamerikanische Wirtschaftskongress ist geschlossen worden. In der Schlussitzung wurde eine Entschließung angenommen, die den der panamerikanischen Union angehörenden Regierungen übermitteln soll. Darin werden die Regierungen ersucht, zu prüfen, ob es möglich ist, einer Weltkonferenz die Rehabilitierung des Silbers vorzuschlagen.

Spanien vor dem Bürgerkrieg?

Das spanische Kabinett zurückgetreten.

Wegen der Abstimmung über die Religionsfrage.

Madrid, 15. Oktober.

Der spanische Ministerpräsident Zamora und der Innenminister Maura überreichten Mittwochabend der Nationalversammlung ihr Rücktrittsgesuch. Sämtliche Kabinettsmitglieder haben sich darauf mit Zamora solidarisch erklärt und den Rücktritt des gesamten Kabinetts beschlossen.

Dieser Schritt steht in direktem Zusammenhang mit der Abstimmung der Nationalversammlung über die Religionsfrage.

In politischen Kreisen befürchtet man einen Linksruck, falls Azana, der als sehr radikal und revolutionär bekannt ist, das neue Kabinett bilden sollte. Zamora und Maura stellten die einzigen rechtsrepublikanischen und kirchenfreundlichen Männer in der Regierung dar.

Steigender Ausfuhrüberschuß.

Berlin, 15. Okt. Die deutsche Handelsbilanz für September schließt mit einem Ueberschuß der Ausfuhr über die Einfuhr von 387 Millionen Mark ab. Gegenüber August beträgt die Zunahme des Ausfuhrüberschusses 63 Millionen Mark.

Polnisches Schredensurteil.

Deutscher Kriminalbeamter zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt.

Ostrowo, 14. Oktober.

Vor mehreren Monaten wurde der deutsche Kriminalbeamte Anton Freix aus Ranslau in Oberschlesien, der bei Glatz, Kreis Kempen verhaftet wurde, von einem polnischen Grenzbeamten entführt und festgenommen. Vor dem Bezirksgericht in Ostrowo fand nun der Prozeß gegen Freix statt, in dem die Öffentlichkeit aus geschloffen war. Der Angeklagte, der sich seit nunmehr fünf Monaten in Untersuchungshaft befand, war gefaßt und sah sehr angegriffen aus.

Freix wurde zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Die milderen Umstände wurden ihm abgesprochen. Die Ehefrau des Angeklagten, die als Zeugin vernommen werden sollte, wurde vom Gericht nicht zugelassen. In dem Urteil stellte das Gericht fest, daß Freix der Spionage überführt sei. Aus seinen bei ihm vorgefundenen Notizen gehe deutlich hervor, daß er zu Spionagemitteln nach Polen gekommen sei, zumal er dem deutschen politischen Nachrichtendienst angehört. Der Verteidiger hat gegen das Urteil sofort Berufung eingelegt.

Polnische Hehe.

Kattowitz, 14. Oktober.

Die Deutsche Partei in Bielitz (Polnisch-Oberschlesien) hat in einem Schreiben an den Wojewoden dagegen Protest erhoben, daß in einem Aufruf der „Liga zur Großmachtentwicklung Polens“ alle Deutschen in den polnischen Westgebieten in Bausch und Bogen zu „Spionen“ gestempelt und im kommenden Kriege als „Verräter“ bezeichnet werden. Auf die Antwort des Wojewoden kann man gespannt sein.

USA. im Völkerbund?

Mitberatung der Vereinigten Staaten beim japanisch-chinesischen Konflikt.

Genf, 14. Oktober.

China hat sein Schicksal in die Hände des Völkerbundes gelegt, seine Klagen gegen Japan vor dem Rat mit aller Entschiedenheit vertreten und darauf aufmerksam gemacht, daß ein Verstoß des Völkerbundes den letzten Rest der Völkervertrauen zum Völkerverständigung rauben müßte. Japan hat auf der Diensttagung nochmals seine Bereitwilligkeit zu direkten Verhandlungen mit China betont, jedoch lehnte China ab, das zu tun, solange noch japanische Truppen auf chinesischem Boden sich befänden.

Am Mittwoch fanden vertrauliche Vorbesprechungen der Ratsmitglieder statt, zu denen auch die kleinen Mächte eingeladen waren. Es wurde insbesondere die Frage erörtert, wie man die Mitwirkung der Vereinigten Staaten an der Vereinigung des Konfliktes einordnen solle.

Es wurde als zweckmäßig und wünschenswert erklärt, die Vereinigten Staaten einzuladen, und zwar scheint festzustehen, daß ein Vertreter des amerikanischen Staatsdepartements mit beratender Stimme an den Arbeiten des Rates über den Konflikt in der Mandchurie teilnehmen soll.

Wenn die Einladung nach Washington ergehen sollte, so wäre es das erste Mal, daß die Vereinigten Staaten direkt — und nicht nur durch Beobachter — an den Verhandlungen des Völkerbundes teilnehmen. Als Vertreter Washingtons scheint der Konsul in Genf, Gilbert, in Frage zu kommen, da der Gesandte der Vereinigten Staaten in Bern, Wilson, sich zurzeit in Amerika aufhält.

Die Haltung Japans.

Tokio, 14. Oktober.

Die gesamte Presse bespricht die voraussetzliche Haltung des Völkerbundes zum mandchurischen Konflikt, und erklärt, daß der Völkerbund bisher ungenügendes Verständnis für die mandchurische Lage und Japans alleinigen Wunsch zeige, in der Mandchurie die Ruhe und Ordnung zu sichern.

Der Völkerbund sei unzuständig.

Für eine Intervention fehle ihm die rechtliche Grundlage. Er könne höchstens die frühere Empfehlung an Japan, den China-Konflikt schnell beizulegen, wiederholen. Japan handle im Interesse aller in China interessierten Mächte, indem es auf die Einhaltung internationaler Verpflichtungen und privater Rechte durch China dränge.

Neue Bombenangriffe.

Erneut haben japanische Flugzeuge Vorstöße unternommen und Bombenabwürfe auf chinesische Truppen

geführt, und die japanische Darstellung, daß man dazu durch chinesisches Infanteriefeuer herausgefordert worden sei, klingt wenig überzeugend.

Die Tatsache, daß die chinesische Regierung sich veranlaßt sieht, Truppenbewegungen durchzuführen, die für den äußersten Fall einen ausichtsreichen Widerstand gegen einen weiteren japanischen Vorstoß gewährleisten sollen, wird von japanischer Seite als feindselige Haltung ausgebeutet und muß einen, den japanischen Militärs offenbar sehr willkommenen Vorwand für neue kriegerische Aktionen geben. Der Weltlauf zwischen den tatsächlichen Ereignissen im Fernen Osten und dem Genfer Versuch, ihnen mit Rundgebungen beizukommen, dauert an, aber man hat leider den Eindruck, daß Genf dabei ins Hintertreffen gerät.

Politische Tageschau.

Schlange-Schönungen wird Osthilfekommissar.

Wie mitgeteilt wird, ist damit zu rechnen, daß der Reichstagsabgeordnete Schlange-Schönungen mit der Leitung der Osthilfe betraut wird. Schlange-Schönungen ist von Haus aus Landwirt; er ist einer der bekanntesten Mitglieder der Landvolkpartei.

Weiterführung des Mansfelder Kupferbergbaues.

Um die Weiterführung der Kupferbetriebe der Mansfeld AG. zu ermöglichen, haben die Gewerkschaften in eine weitere Senkung der Tariflöhne um 10 Prozent eingewilligt. Der neue Lohnstarif gilt vom 1. Oktober 1931 bis zum 31. März 1932. Damit sind die Voraussetzungen für eine weitere finanzielle Hilfe des Reiches und des Landes Preußen für die Mansfeld AG. geschaffen.

Vizepräsidentenwahl im preussischen Landtag.

Der preussische Landtag wählte am Mittwoch den Abgeordneten Dr. Boehm (D. Vp.) zum dritten Vizepräsidenten. Die Wahl war nötig geworden, weil der bisherige Inhaber dieses Postens, Abg. v. Eytern, sein Mandat niedergelegt hatte, weil er aus der Deutschen Volkspartei ausgetreten ist.

Beschränkungen im Postverkehr mit dem Auslande.

Die Nachrichtenstelle des Reichspostministeriums teilt mit: Infolge der neuen Bestimmungen über die Devisenbewirtschaftung sind mit sofortiger Wirkung folgende Einschränkungen im Postanweisungs-, Nachnahme- und Postauftragsverkehr mit dem Ausland erforderlich geworden: Auf Postanweisungen nach dem Ausland dürfen nur gegen Vorweisung eines amtlichen Reisepasses von einem Abnehmer monatlich insgesamt höchstens 200 Reichsmark oder der Gegenwert hieron eingezahlt werden, sofern nicht ein besonderer Genehmigungsbefehl eines Landesfinanzamts vorgelegt wird. Die Höhe des eingezahlten Betrags wird von dem Annahmemeister in den Reisepaß unter Angabe des Tages und der Betrag des Aufgebotsvermerks vermerkt. Nachnahmen (auf Briefsendungen und Paketen) sowie Postaufträge aus dem Ausland nach Deutschland sind nur bis zum Höchstbetrag von 200 Reichsmark oder den Gegenwert hiervon zulässig. Nachnahmen und Postaufträge aus dem Ausland, deren eingezogene Beträge auf ein Postgeldkonto in Deutschland überwiesen werden sollen, bleiben hiervon unberührt. Auf Nachnahmen aus Deutschland nach dem Ausland darf von einem Abnehmer monatlich insgesamt höchstens der Gegenwert von 200 Reichsmark auf ein Postgeldkonto im Bestimmungsland der Nachnahme überwiesen werden, sofern nicht ein besonderer Genehmigungsbefehl des Landesfinanzamts vorgelegt wird.

Befreiung von der Beitragspflicht zur Arbeitslosenversicherung.

Berlin, 15. Okt. Amtlich wird bekannt gegeben: Auf Grund der zweiten Verordnung über die Beilegung von Schlichtungsstreitigkeiten öffentlichen Interesses vom 30. September 1931 werden im sächsischen Steinlohnbergbau die Untertagearbeiter und ihre Arbeitgeber mit Wirkung vom 8. Oktober bis zum 30. November 1931 von der Beitragspflicht zur Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung befreit.

Urteil im Prozeß wegen der Reparationslieferungen.

Düsseldorf, 15. Okt. Das erweiterte Schöffengericht fällt am Mittwoch das Urteil im Schließungsprozeß gegen Kommerzienrat Falk und Genossen. Kommerzienrat Falk wurde wegen Betruges und Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung zu einem Jahr zehn Monaten Gefängnis, der Angeklagte Klobst wegen schwerer Urkundenfälschung, Betruges und Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Der Arbeitskonflikt auf deutschen Schiffen in Leningrad.

Berlin, 15. Okt. Die Mannschaften der zurzeit im Hafen von Leningrad liegenden deutschen Schiffe haben vor einigen Tagen ohne vorherige Kündigung und ohne Abmusterung ihre Schiffe verlassen, weil sie einen vom Reichsarbeitsministerium für verbindlich erklärten Schiedsspruch nicht anerkennen wollten. Die Reichsregierung hat mit der Sowjetregierung in Moskau Verhandlungen eingeleitet, um den Reedern zu ermöglichen, über die Schiffe wieder zu verfügen.

Botschafter v. Hoersch bei Laval.

Der deutsche Botschafter in Paris, v. Hoersch hatte am Mittwoch eine Unterredung mit Ministerpräsident Laval. Es handelte sich um die Wiederaufnahme der direkten Beziehungen zwischen dem vom Urlaub zurückgekehrten deutschen Botschafter mit dem französischen Ministerpräsidenten, wie auch um eine Besprechung, die angesichts der bevorstehenden Abreise Laval nach Amerika begründet erscheint. Auch dürfte die Frage der möglichst raschen Bildung des deutsch-französischen Wirtschaftsausschusses erörtert worden sein.

Die Regierung des irischen Freistaates gegen den polnischen Terror.

Wie aus Dublin gemeldet wird, wird die Regierung des irischen Freistaates im Parlament eine von ihr ausgearbeitete Gesetzesvorlage einbringen, die sich gegen den polnischen Terror richtet. Es veranlaßt, daß das Gesetz unter anderem Kriegsgerichte für Ururteilung politischer Vergehen und die Todesstrafe für Terroristen und Hochverräter vorsieht; die Rede- und Versammlungsfreiheit soll in Zukunft weitgehenden Einschränkungen unterworfen werden.

Aus der Heimat

Donnerstag, den 15. Oktober 1931

Wittgensteiner! Vernichtet die Herbstzeitlose, wo immer ihr sie noch antrefft.

Entgegnung zu dem Aufsatz „Eine schutzbedürftige Wiesenblume“ in Nr. 9 des „Sauerländischen Gebirgsboten“ vom September d. J. von Min.-Dir. Dr. h. c. Arnoldi.

In Nr. 9 der Zeitschrift „Sauerländischer Gebirgsbote“ vom September d. J. erschien ein Aufsatz, in dem die auf den Wiesen oftmals weitverbreitete Herbstzeitlose (Colchicum autumnale) als eine Wiesenblume bezeichnet wurde, die des menschlichen Schutzes in gewissen Fällen bedürfe. Diese Zeilen brachten weiterhin zum Ausdruck, daß für viele Gegenden von Seiten der Behörden aufgefordert würde, die Herbstzeitlose auszurotten, um die Pflanze, die einen Gifstoff enthält, zu vernichten; solche Verordnungen sind nach Ansicht des Verfassers nur berechtigt für Gebiete, wo die Herbstzeitlose „zur Landplage“ geworden ist.

Dieser Aufsatz bedarf wegen der Giftigkeit der Herbstzeitlose für Mensch und Tier einer Richtigstellung.

Die Herbstzeitlose hat nach Ansicht hervorragender Sachverständiger *) als eines der schädlichsten und gefährlichsten Unkräuter der Wiesen von Mittel- und Süddeutschland zu gelten. Auch hat sich diese lästige Unkraut in den letzten Jahrzehnten dort, wo es früher nur als seltene, hübsche Herbstblume bewundert worden ist, oftmals mehr und mehr verbreitet. Sie enthält in allen Teilen, frisch und auch getrocknet, besonders in ihren Knollen und Samen, einen gefährlichen Gifstoff, das Kolchizin. Ihre Giftigkeit für das Vieh besteht vor allem darin, daß der Gifstoff auch beim Trocknen der Blätter nicht zerstört wird und deshalb auch im Heu seine Wirksamkeit noch für mehrere Jahre behält. Rindvieh und Pferde lassen die Pflanze beim Beweiden von Wiesen — als Weide regelmäßig genutzte Grünflächen — pflegen frei von der Herbstzeitlose zu sein — stehen und fressen in der Regel die im Grünfütter befindlichen Teile der Herbstzeitlose nicht. Pferde und Schweine sind gegen Herbstzeitlose sehr empfindlich, weniger das Rind. Es sind vor allem junge Tiere, die die Pflanze gelegentlich im Heu oder Gras aufnehmen und daran leicht zugrunde gehen. Schafe und Ziegen sollen weniger empfindlich sein und ziemlich große Mengen von der Herbstzeitlose vertragen. Aber gerade in diesem Falle darf die Gefährlichkeit der Herbstzeitlose nicht verkannt werden, ist doch festgestellt worden, daß verschiedene Menschen an einer Kolchizinvergiftung durch den Genuß von Milch erkrankten, die von Ziegen herrührte, die ihrerseits Herbstzeitlose gefressen hatten.

Für den Menschen ist das Kolchizin als ein schweres Gift zu bezeichnen, nach dessen Genuß akute Magen-, Darm-entzündungen mit Erbrechen, Kolik und auch mit ruhrartigen Durchfall und endlich Nüchternheiten des Zentralnervensystems die Folge sind. Das Gift soll sogar so stark sein, daß Augenentzündungen hervorgerufen werden, sobald das Auge mit Hand und Finger in Berührung kommt, mit denen die Herbstzeitproffen dieser Giftpflanze präpariert worden sind. Auf Grund all der genannten Feststellungen gehört die Herbstzeitlose auch nicht zu den naturgeschützten Pflanzen. Einem irgendwie gearteten Schutze dieses Unkrautes das Wort zu reden, wie es in dem vorliegenden Berichte unter Verkenntung der tatsächlichen Erfahrungen geschieht, ist als durchweg abwegig auf das Schärfste abzulehnen.

Alle über die Schädlichkeit der Herbstzeitlose angeführten Tatsachen rechtfertigen vielmehr den rücksichtslosen Kampf gegen diese Pflanze. Besonders Interesse hat selbstverständlich zunächst die Landwirtschaft an der Ausrottung dieser Giftpflanze. So ist es Pflicht jedes Landwirts, seine Wiesen von der Herbstzeitlose zu säubern; darüber hinaus bedarf aber auch auf solchen Flächen, die nicht landwirtschaftlich genutzt werden, die Herbstzeitlose keine Schonung durch den Menschen, weil von solchen Flächen aus besonders der Samen durch Hochwasser, Bewässerung, durch das Liebertragen von Tieren (Vögeln) weiter verbreitet wird.

Der Kampf gegen die Herbstzeitlose wird umso erfolgreicher sein, wenn er nicht nur von dem Einzelnen, sondern von der Allgemeinheit durchgeführt wird. Aus dieser Erwägung heraus sind einige Polizeibehörden Westdeutschlands dazu übergegangen, auf Grund des Feld- und Forstpolizeigesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Jan. 1926 Verordnungen zu erlassen, nach denen die Bekämpfung der Herbstzeitlose vorgeschrieben wird und Zuwiderhandlungen mit Geldstrafe oder mit entsprechender Haft bestraft werden.

Aus allem erhellt, daß jeder Besitzer von Wiesenflächen sich die Bekämpfung der Herbstzeitlose und zwar auch dort, wo keine Polizeiverordnung für ihre Bekämpfung besteht, angelegen sein lassen sollte. Ueber die Bekämpfungsmaßnahmen, die im einzelnen auszuführen hier zu weit gehen würde, wird die Wirtschaftsberatungsstelle der nächsten Landwirtschaftlichen Schule Auskunft geben können.

Also, Wittgensteiner, seid froh, daß eure Wiesen jetzt noch von dieser Landplage verschont sind und vernichtet vorbeugend die gefährliche Herbstzeitlose, wo immer ihr sie auch antrefft.

*) Prof. Dr. Gustav Hegi, Illustrierte Flora von Mitteleuropa Seite 197/98 und Otto Wehsarg-Ortenburg „Die Verbreitung und Bekämpfung der Unkräuter in Deutschland“, Heft 365 der Arbeiten der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft.

— * **Amnestiefrist und Reichsbahn-Anleihe.** Mit dem heutigen Tage — 15. Oktober 1931 — läuft die Amnestiefrist ab. Wer also noch heute steuerfreie Reichsbahn-Anleihe zeichnet und den Erwerbspreis vollständig und rechtzeitig gemäß der Bekanntmachung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft zahlt, erlangt alle mit dem Anleihe-Erwerb verbundenen steuerlichen Vergünstigungen, nämlich Befreiung von der Selbstanzzeige, Befreiung von sämtlichen Steuernachzahlungen und Befreiung von Strafen. Wer die persönliche Zeichnung bei den Zeichnungsstellen (Reichsbankanstalten, bestimmten Banken und Reichsbahnstellen) scheut, kann sich bei der Zeichnung auch durch einen Notar vertreten lassen, der den Namen des Auftraggebers nicht zu nennen braucht, sondern im eigenen Namen für den Auftraggeber zeichnet und auch zur Ausstellung der Amnestiebescheinigung berechtigt ist.

Wetterausichten für Freitag: Meist heiter und trocken, nachts recht kalt, nach Ost drehende Winde.

Laasphe:

* **Als Abend der Winterhilfe** wurde in der gestern abend stattgefundenen Sitzung des engeren Ausschusses Sonntag der 25. Oktober endgültig festgelegt. Der Abend findet in der städtischen Turnhalle statt und beginnt um 8 Uhr. Das Eintrittsgeld beträgt 50 Pfg. Es steht zu erwarten, daß der Abend, der ein recht schönes, vielseitiges Programm aufweisen wird — gefällige und musikalische Darbietungen werden mit turnerischen usw. abwechseln — großem Interesse begegnen wird.

* **Die Sammlung für die Winterhilfe**, die gestern nachmittag in der alten Schule stattfand, hat ein wider Erwarten gutes Ergebnis gebracht. Die Zahl der Geber war ja allerdings nicht besonders groß, dafür haben diese aber umso reichlicher gestiftet und zwar durchweg gute, brauchbare Sachen. Erfreulich ist auch die große Zahl der abgekauften Schuhe, die besonders dringend benötigt werden. — Weitere Stiftungen von brauchbaren Sachen werden mit Dank angenommen.

* **Persönliches.** Herr Lehrer Möntemöller ist vom 16. ds. Mts. ab nach Bochum überwiesen, hat ein wider Erwarten gutes Ergebnis gebracht. Die Zahl der Geber war ja allerdings nicht besonders groß, dafür haben diese aber umso reichlicher gestiftet und zwar durchweg gute, brauchbare Sachen. Erfreulich ist auch die große Zahl der abgekauften Schuhe, die besonders dringend benötigt werden. — Weitere Stiftungen von brauchbaren Sachen werden mit Dank angenommen.

* **Sitzung Siegen-Marburg.** Vor einiger Zeit berichteten wir von einer Probefahrt, die die Reichsbahndirektion Wuppertal auf der Strecke Siegen-Kreuztal-Marburg hatte vornehmen lassen, um festzustellen, inwieweit die Streckenverhältnisse einen die Einlegung von Sitzigen rechtfertigenden Fahrzeitgewinn ermöglichen. Auf Anfrage teilt nunmehr die Reichsbahndirektion Wuppertal der Industrie- und Handelskammer Siegen-Orpe-Dillenburg mit, daß bei dem augenblicklichen Tiefstand des Personenverkehrs vorläufig mit der Einlegung der Sitzüge nicht zu rechnen sei. Trotzdem hat die Reichsbahndirektion die Kammer aber über eine Stellungnahme zur Lage und über Aufenthalt der Züge gebeten.

Ueber die Benutzung von Wochen-, Monats- und Kurzarbeiter-Fahrtkarten herrscht in den Kreisen, die für diese Karten in Frage kommen, wohl volle Klarheit. Etwas anders verhält es sich mit den sogenannten Arbeiter-Rückfahrkarten mit einer siebenstägigen Gültigkeitsdauer. Diese Karten werden an alle auswärts beschäftigten Personen, ohne Rücksicht auf deren Beruf verabschiedet und berechtigen zur einmaligen Hin- und Rückfahrt innerhalb einer Woche. Zur Lösung einer derartigen Karte ist jedoch ein vorgeschriebener Ausweis erforderlich und wenn man sich dieserhalb an die Fahrkartenabgabe des Beschäftigungsortes. Die Fahrpreisermäßigung ist wert, daß sich Interessenten dieser geringen Mühe unterziehen.

Turnen * Spiel * Sport.

Handball.

Verleburg 1. — Niederlaasphe 1. 1:6. Vergangenen Sonntag trug die Handballsektion des Niederlaasphe Turnvereins in Verleburg ein Freundschaftsspiel aus. Da N. aus den letzten neun Spielen siegeskrönt hervorging, war der Ausgang dieses Spieles von besonderem Interesse. Dem Vorspiel nach zu urteilen, das es mit 9:1 für sich entscheiden konnte, mußte man normaler Weise auch im Rückspiel auf einen Sieg hoffen. Doch hatte man hiermit allgemein nicht gerechnet, da die Mannschaft nach einer achtwöchigen Spielpause zum ersten Mal wieder vor die Öffentlichkeit trat. Trotzdem zeigte ihr Spiel nichts von alledem. Nach anfänglichem aufgeregtem und zerfahrenem Kämpfen ging die Mannschaft bald zum ruhigen und besonnenen Spiel über und das erste Tor war der Erfolg eines gut durchdachten Vorstoßes. Die erste Halbzeit zeigte auf beiden Seiten ein schönes, flottes und geschlossenes Vorgehen. Von den jungen Verleburgern, die erlassgeschwächt antraten, kämpfte jeder fair und aufopfernd und sie fielen, trotzdem sie eine größere Niederlage vor Augen sahen, nicht aus der Rolle. Die Mannschaft hat in ihrem Führer Klingenspor eine gute Stütze. Das Spiel artete in keiner Weise aus und hat dem Handballsport sicher neue Freunde zugeführt. — Der Reichsausschuß für Leibesübungen in Berlin hat dem Turner Reinhold Henkel vom Turnverein Niederlaasphe auf Grund der abgelegten Prüfung das Turn- und Sportabzeichen verliehen. Dem eifrigen Förderer der Turnfache herzlichen Glückwunsch.

Aus Nah und Fern.

— **Hagfeld.** Am Sonntagabend kurz nach 9 Uhr ereignete sich unterhalb unseres Städtchens ein Unglücksfall. Der Anstreichergehilfe Wilhelm Althaus von hier, der mit noch einigen jungen Leuten die Landstraße passierte, wurde von einem aus Richtung Holzhausen kommenden Motorradfahrer aus Siegen angefahren. Es erlitt ein Schienbeinbruch und eine erhebliche Verletzung am Unterleib.

— **Fellingshausen (Kr. Biedenkopf).** Seit 14 Tagen vermisst. Hier wird seit 14 Tagen der 66 Jahre alte Zimmermann Georg Wagner vermisst. Die Bevölkerung des Ortes und auch die Bewohner der Nachbargemeinden haben schon eifrig die ganze Umgegend nach dem Vermissten abgesehen, konnten aber bisher keine Spur von ihm finden.

— **Siegen. Kommunisten-Sturm aufs Rathaus.** Am Dienstagabend kam es hier zu schweren kommunistischen Ausschreitungen. Aus drei verschiedenen Straßen strahlensförmig herbedrohend, gingen etwa 200 Kommunisten mit Niederrufen gegen das Rathaus vor. Unter wildem Geschloß wurden Steine gegen das Rathaus geworfen und schließlich fielen aus einer Gruppe mehrere Schüsse. Die Beamten der im Rathaus stationierten Polizeiwache gingen sofort gegen die Aufständischen vor, und als sie mit Steinwürfen und Schüssen empfangen wurden, griffen sie selbst zur Waffe und schossen. Insgesamt wurden von den Polizeibeamten 28 Schüsse abgegeben, von denen aber anscheinend Personen nicht getroffen wurden. Die Demonstranten verließen fluchtartig den Platz und verschwanden in den Seitenstraßen. Während der Unruhen hatte sich eine riesige Menge angesammelt, so daß die Polizei bei ihrem Verzicht, energisch durchzugreifen, stark behindert wurde. Allem Anschein nach war der Rathaussturm von langer Hand vorbereitet. Wie festgestellt wurde, war die Mehrzahl der Demonstranten von auswärtig. Zwei der Teilnehmer konnten namentlich festgestellt werden. Von den Polizeibeamten wurden mehrere durch Steinwürfe getroffen und verletzt.

Dreimal zum Tode verurteilt. Das Schwurgericht Tübingen verurteilte den Hilfsarbeiter Eugen Beyle aus Engelsbrand wegen dreifachen Mordes dreimal zum Tode und wegen Totschlags zu acht Jahren Zuchthaus unter Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte. — Beyle hatte in der Nacht zum 28. März in Engelsbrand die Eheleute Zoll, die seine Schwiegereltern waren, ferner seine Frau und sein acht Jahre altes Söhnchen mit der Axt erschlagen.

Vater und Sohn auf der Wanderschaft. Vater und Sohn, beide aus Nieb, durch den Weltkrieg 1914 voneinander getrennt, fanden sich nach 17 Jahren, beide auf Wanderschaft befindlich, in Heilbronn in der Herberge zur Heimat wieder. Der Sohn erkannte den Vater zuerst. Die Wiedersehensfreude war groß.

Auf der schwäbische Eisenbahn. Aus Riedlingen wird gemeldet: Das Buchauer Jügle, vollbesetzt mit der Riedlinger Fußballmannschaft, wurde auf offener Straße angehalten. Aber nicht etwa durch Attentäter, sondern durch eine Kuhherde, die mit gesenktem Kopf Front gegen den Zug machte. Alles Pfeifen war zwecklos. Da stieg ein kundiger Fußballer aus und mit lautem ho, ho, wurde die Bahn wieder frei zur Weiterfahrt.

Motorradunglück. Bei Günzburg fuhr ein Motorradler mit Beifahrer über den Bahnübergang der Lokalbahn Günzburg-Krumbach, ohne die Warnungsschilder zu beachten. Im gleichen Augenblick kam ein Personenzug, den der Motorradler, der mit einer Geschwindigkeit von mehr als 60 Kilometern fuhr, nicht bemerkte. Er kam noch glücklich über das Glets, fuhr aber dann an einen Randstein und wurde in den Straßengraben geschleudert. Der Beifahrer, der die Gefahr erkannt hatte, war vorher abgesprungen, wurde aber von der Lokomotive erfasst und mehrere Meter weit geschleift. Beide wurden sehr schwer verletzt.

Der eingeknähte Tausendmarkschein. Einen schweren Verlust erlitt ein Reisender aus Leipzig, der sich für einige Stunden auf der Durchreise in Berlin aufhielt. Er besaß mit einem Bekannten ein Lokal in der Nähe des Bahnhofes Friedrichstraße, wo er Mantel und Hut in der Garderobe abgeben mußte. Als er seine Garderobe zurückerlangte, stellte sich heraus, daß seine Sachen inzwischen in einem anderen ausgehändigt worden waren. In der Tasche des verlorenen Mantels befand sich ein Gepäckschein, und als besondere Vorsichtsmaßregel gegen Taschendiebe war ein Tausendmarkschein zwischen Stoff und Futter eingeknäht. Der Reisende eilte zum Bahnhof, hörte dort jedoch, daß der Gepäckschein bereits vorgelegt und der Koffer abgeholt worden war.

Der Eisenbahnattentäter.

Weitere Angaben Matuschkas. — Ein dritter Anschlag? Wien, 14. Okt.

Der wegen des Eisenbahnattentats verhaftete Kaufmann Matuschka gab bei seiner Vernehmung an, daß der eigentliche Täter, der die Anschläge bei Jüterbog und Via Torbagn verübt hatte, Bergmann heiße. Obwohl Matuschka mit dem Täter angeblich wiederholt zusammen war, will er weder seinen Vornamen noch seine Wohnungsadresse kennen oder sonst Näheres über diese Person wissen.

Alle Personen, die während der Ermittlungen nach dem Urheber des Attentats von Anzbach in Niederösterreich als Zeugen vernommen worden sind, wurden Matuschka gegenübergestellt. Bei Anzbach waren Ende Juli Schwellen auf die Eisenbahnschienen gelegt worden. Vier Zeugen stellten die große Ähnlichkeit Matuschkas mit dem damaligen Täter fest. Ein sicheres Erkennen wird dadurch erschwert, daß der Täter damals einen Verband um das Gesicht trug.



Der Attentäter von Jüterbog und Via Torbagn?

Der in Wien verhaftete ungarische Kaufmann Sylvester Matuschka hat jetzt gestanden, sowohl bei dem Eisenbahnattentat bei Jüterbog wie auch bei dem von Via Torbagn beteiligt gewesen zu sein.

Geschäftliches.

„Man kann und soll bei jeder Witterung ausgehen, man muß nur richtig angezogen sein.“ Die gesunde, reinwollene Bleyle-Kleidung eignet sich für jedes Wetter. Eine warme Bleyle-West, ein schützender Pullover, ein praktisches Bleyle-Kleid sind darum in den kühlen Monaten eine unentbehrliche Ergänzung jeder Garderobe. Die Firma Fr. Loos in Laasphe gibt in einem beachtlichen Spezialfenster einen Überblick über die neuen Formen und Farben der bewährten Bleyle-Kleidung. Beachten Sie bitte das heutige Anferat.

Wenn das Kind schon eigenes Geld hat — Das ist eine Freude, ein Stolz! Die Kinder interessieren sich deswegen mit Feuereifer für das neue (zweite) Canella-Preis-ausschreiben, wo ihnen schöne Preise winken. Aber auch die Erwachsenen haben, wenn sie die Aufgabe auf der Canella-„Glückstüte“ lösen, Aussicht auf Preise, — sogar noch höhere als die Kinder. Insgesamt sind 50 000 Mark in bar und 40 000 Sachpreise zu gewinnen. Canella-„Glückstüte“ gibt es in jedem Lebensmittelgeschäft.

**Jetzt
wieder**

**R.M. 50.000
IN BAR
und 40.000
SACHPREISE**

Lanella
GARANTIE-MARGARINE
Glückstüten

★ **GRATIS!** Holen Sie
die Glückstüten bei
Ihrem Kaufmann!



TH-SH 33-46

PREISVERTEILUNG WEIHNACHTEN



Adelina warf einen fragenden Blick auf diesen jungen Mann, der es so gut verstand, für andere zu bitten, und in diesem Augenblick fand sie diese großen, graublauen, treuen Augen schön.

"Ich komme mit — weil Sie so schön bitten!" Schröder hatte ihr Interesse erweckt. Gewiß nicht für einen Flirt! Dazu waren seine Hände zu ausgearbeitet und ungepflegt, seine Erscheinung, sein Anzug zu geschmacklos, aber — er interessierte sie, dieser schüchterne Mensch, der kaum eine Unterhaltung bestreiten konnte und den sie vom Nebenzimmer hatte reden hören. Klar, bestimmt, sicher und — so, daß ihr Vater und der Kommerzienrat ihm ernst zuhört und ihn für voll nehmen.

Mit dem Lufzug fuhren die vier — diesmal bezahlte der Kommerzienrat Wolfgang's Billett und buldete keine Widerrede — nach São Paulo. Es kam Schröder merkwürdig vor, als er sich zum ersten Male in seinem Leben im Bett des Schlafwagens ausstreckte und daran dachte, daß es noch wenig mehr als ein halbes Jahr her war, daß er, seine letzten paar Kräfte ängstlich in der Tasche behütet, in der dritten Klasse desselben Weges fuhr. Trotzdem — jetzt war sein Herz fast schwerer als damals.

Alexander Montanus war auch an diesem Sonntag in vollster Tätigkeit, freilich nicht im Büro. Er hatte geglaubt, Erna würde mit der „Arcona“ am Dienstag eintreffen, jetzt erhielt er in aller Sonntagsfrühe ein Telegramm, daß sie mit der „Sierra Cordoba“ gekommen und sofort mit dem Tages Schnellzug nach São Paulo weitergereist sei.

Erna kam! Es war lächerlich, aber er freute sich wie ein Kind! Er hatte sie lieb, er war stolz, ihr zeigen zu können, was er geschaffen.

Um acht Uhr abends hielt das Auto an der Station Luz, Alexander stand auf dem Bahnsteig, hatte einen mächtigen Blumenstrauß in der Hand. Erna stieg aus, natürlich noch immer in Trauer, sie sah es seinen leuchtenden Augen an, daß all ihre Angst unnötig gewesen, die Angst und Sorge, die sie sich gemacht, weil sie ihn nach so kurzer Zeit allein ließ.

Der offene Wagen bog in die Avenida Joao.

"Sieh einmal da!"

Der große Scheinwerfer sandte seine Strahlen über die Stadt und sie las: „Müller und Montanus, Alameda Brasil“.

"Das ist auf unserer Straße?"

"Wirkt noch mehr sehen!"

Der Chauffeur mußte durch die Direita fahren, das ganze, erneute Haus strahlte im Licht, bunte Glühbirnen wanden, wie allabendlich, einen stimmungsvollen Kranz um das Relief, das Enrico Müller darstellte.

"Wie schön das ist! Wie lieb von dir! Der Vater! Der gute Vater, wenn er das erlebt hätte!"

Nun fuhren sie zur Villa hinaus. Auch dort waren überall Girlanden, das Innere des Hauses neu hergerichtet, Blumen, Feststimmung.

Es wurde Erna warm um das Herz, und sie weinte unwillkürlich Freudentränen am Hals Alexander's.

"Wie man dir Unrecht getan hat!"

Sie saßen zusammen im Speisezimmer. Erna war heute nichts als die kleine verliebte Frau, die sich in den Arm ihres Mannes kuschelte und glücklich war.

"Ich bin so müde! So angenehm müde!"

Er nahm sie in den Arm.

"Komm, komm und laß uns zur Ruhe gehen. Morgen kommt noch viel mehr, morgen zeige ich dir unser großes Werk."

"Ich bin schon neugierig darauf. Wie wirst du die alten Räume hergerichtet haben mit deinem Geschmack. Und wie gehen die Geschäfte?"

"Alles im Anfang. Noch Sorgen, aber es wird."

"Sorgen?"

Sie war ernüchtert und sah ihn ganz verwundert an, er aber lachte in seiner frohen Stimmung.

"Glaubst du, Millionenwerte haben keine Sorgen?"

"Millionenwerte?"

"Die Untergrundbahn natürlich."

Erna verstand nicht.

"Welche Untergrundbahn?"

"Aber Kind, die große Bahn, die wir bauen."

"Wir bauen eine Bahn?"

Jetzt war Alexander fast verstimmt.

"Du weißt doch! Da, Müller und Montanus sind jetzt die

erste Firma in São Paulo. Du wirst dich freuen, wirst stolz sein. Deht aber nichts von Geschäften, jetzt —"

Aber wenn auch Erna die Klöße ihres Mannes buldete, der trauliche Glanz dieses ersten Wiedersehens war verweht.

In dieser Nacht lagen sie beide mit offenen Augen, sie voller Sorge vor irgendeinem Schrecknis, das sie nicht kannte, er aber mit klopfendem Gewissen.

Wie würde Erna es aufnehmen, wenn sie erfuhr, in welche Sorgen er sie und sich gebracht hatte.

Noch ein Dritter schlief in dieser Nacht nicht: Herr Wohlge-
mut, der sich fürchtete, Erna Rechenschaft abzulegen, ihr zu sagen,
was er nicht mehr verbergen konnte. Er hatte den ganzen Son-
ntag über gerechnet und Bilanzen gezogen: Wenn kein Wunder
geschah, war Enrico Müller zugrunde gerichtet.

Elftes Kapitel.

Zum ersten Male saß Erna in dem großen bequemen Sessel des neuen Büros. Gegenüber, auf dem lebernen Sofa, Herr Wohlge-
mut. Wahrhaftig, sie hatte gar keinen Blick gehabt für die Eleganz, die jetzt hier eingebracht war, nicht einmal in der großen Arbeitshalle gewesen, in der es lebhafter zugeht als je.

Sie war wieder ganz von Ernesto von früher. Vor ihr lagen Zeichnungen, Kostenanschläge, Kontoauszüge, und sie hatte ein ganz ruhiges, ernstes Gesicht und stellte kurze, bestimmte, sachliche Fragen, während sie immer wieder Zahlen auf einem Notiz-
block zu Reihen zusammenstellte.

Herr Wohlge-
mut rückte nervös auf seinem Sitz hin und her, in seinem ganzen Leben, das Fleiß und Pflichtgefühl gewesen, erinnerte er sich keiner Stunde, wie es diese war, in der er Rechenschaft ablegen mußte vor einer kaum zweiundzwanzigjährigen jungen Frau, deren Vermögen ihm anvertraut war, und — nicht bestand.

Alexander war sehr blaß. Zuerst hatte er versucht, in der-
selben Weise, wie er es den beiden Männern gegenüber getan, mit großen Worten zu sprechen. Sie hielten vor Ernas kühlen Fragen nicht stand. Noch an diesem Morgen hatte er selbst fest an den großen Plan, an die gewaltige Zukunft dieses Bahnbaues geglaubt. Was die beiden Männer nicht vermocht hatten — die klugen, kurzen Zahlenbeweise, die ihm Erna entgegenhielt, über-
zeugten.

Ganz plötzlich kam er sich vor wie ein Alpensteiger, der, im-
mer das Auge nur nach oben gerichtet, tollkühn von Zade zu Zade emporsteigt und plötzlich in himmelhoher Erdsferne erkennt, daß er sich verkleinert hat, daß es kein Weiter und kein Zurück gibt. Daß ihm rings gewaltige Gletscher umflaren, der Abgrund broht, in den er stürzen muß. Muß! Und daß es nur eine Frage von Stunden ist, wann seine Finger erlahmen.

Er sah vor sich sein junges Weib. Vielleicht das erste Weib unter den vielen, die sein Leben bisher gekreuzt hatten, das er wirklich liebte. Er sah sie und wußte, daß auch sie mit in den Abgrund fallen mußte.

(Fortf. folgt.)

Billige Lebensmittel!

Rein, Kokosfett	Pfd.-Lafel 33
Frische Margarine	2 Pfund 70
Fetter Speck	Pfund 78
Fett. Stangenkäse	75
Rohkäse m. Butter u. Kämmel	Dose 40
Kakao, gar. rein	Pfund nur 50
Bananen, goldgelb	Pfund 35
Blaue Kurtrauben	2 „ 45
Loragone m. Fl.	95
Malaga m. Fl.	1.—

Hamburger Kaffee-Lager
Niederl. Thams & Garfs Ham-
burg

Ein
Herren-
Eigenschreibtiß
zu verkaufen.
Laasphe, Bahn-
hoffstraße 40 a.

Inserieren
bringt
Erfolg!



Sie laufen
wie ein Wiesel
wenn Sie Ihre Hühneraugen
durch „Lebewohl“ ver-
treiben.

Hühneraugen-Lebewohl Blechdose (8 Pfaster)
75 Pfg. in Apotheken und Drogerien. Sicher
zu haben: Wittgenst. Drogerie W. Sins.



wählen Sie
jetzt für Herbst u. Winter die
gesunde und reinwollene
Bleyle-Kleidung
Sie ist die vornehmste und
im Gebrauch die billigste.
Ein Bleyle-Kauf enttäuscht nie!
Fr. Loos I, Laasphe

Aufgebot.

(2. Bekanntmachung)

Das von der Kreissparkasse zu Berleburg am
23. 5. 1930 auf den Namen Eina Langer, Weidenhausen,
Hs. Nr. 15, ausgefertigte Sparbuch Nr. 20 424 mit
einem Bestand von R.M. 121.70 ist am 9. 12. 1930
als verloren gemeldet worden.

Das genannte Sparbuch wird hiermit mit dem
Bemerken aufgegeben, daß gemäß § 20, Abs. 3 der
Sparkassengesetzgebung seine Kraftloserklärung erfolgen
wird, sofern nicht binnen 4 Wochen nach dem Erscheinen
dieser Bekanntmachung ein Widerspruch eingehen sollte.

Berleburg, den 13. Oktober 1931.

Kreissparkasse zu Berleburg.

Sie kaufen äußerst billig
bei mir

Leinöl, Firnis, Lacke, Pinsel, freich-
fertige Delfarben für Außen- und
Innen-Anstriche, ferner Pinsel, Sa-
peten, Carbolium, Leinöl, Kitt und
alle anderen einschlägigen Artikel.

Wittgensteiner Drogerie,
Max Hink, Laasphe i. W.